

Fragebogen Transparenzangaben

1. Auftraggeber/Sponsor:

[Name der Person oder Organisation, die als Werbungstreibender auftritt]

SPD Unterbezirk Goslar

[Vor- und Nachname oder Firmenname]

goslar.br-ub@spd.de

[E-Mail -Adresse]

05321709516

[ggf. Telefon]

Okerstraße 32

[Straße, Hausnummer]

38640 Goslar

[PLZ, Ort]

2. Zeitraum in dem die politische Anzeige veröffentlicht, zugestellt oder verbreitet werden soll:

[Erscheinungstermin oder Online-Laufzeit]

23.08.2026

[Datum von... bis]

3. Betroffene Informationsveranstaltung:

[z.B. Fraktion vor Ort, Dialogtour, Anzeigenaktion, etc.]

Information zur Kommunalwahl am 13.09.2026

4. Link zu der Website der Fraktion:

[URLs]

<https://spd-goslar.de/>

5. Einsatz von Targeting/Anzeigenschaltungsverfahren:

a. Wurde oder wird die Anzeige online personalisiert an bestimmte Zielgruppen ausgespielt?

[Wenn ja, bitte kurz beschreiben, z.B. „nur Region X, Altersgruppe XY“]



Ja



Nein

Landkreis Goslar

b. Falls technisch möglich, die Reichweite der politischen Anzeige, Anzahl der Aufrufe und der Interaktionen:

[z.B. Aufrufe 69.000, Kommentare 2.000]

60.000 Auflage Harzer Panorama

6. Wurde früher eine ähnliche Anzeige wegen eines Verstoßes gegen die EU-Verordnung 2024/900 ausgesetzt oder eingestellt?



Nein

7. Kostenangaben

a. Preis/Betrag für diese Werbung: 4.020,- EUR
[Brutto-Gesamtbetrag, den der Verlag in Rechnung stellt]

inkl. MwSt 4.783,80 EUR

b. Wert der Leistungen:
[z.B. Sachleistungen, sofern relevant]

c. Berechnungsmethode:
[z.B. Tarif pro mm/Spalte, Pauschale, etc.]

11. Tarif Nr. 70 a vom 01.07.26

8. Herkunft der Mittel für die Finanzierung:

Quelle der Gelder:



öffentlich (staatliche Mittel aus dem Bundeshaushalt)



Parteimittel

9. Meldeverfahren, falls veröffentlichte politische Anzeige nicht der EU-Verordnung 2024/900 entspricht:
[E-Mail-Adresse des zuständigen Teams innerhalb der Fraktion]

10. Einverständnis und Richtigkeit:

- Hiermit bestätigt der Auftraggeber, dass die Angaben korrekt sind und die Anforderungen der EU-Verordnung 2024/900 erfüllt werden kann.
- Hiermit bestätigt der Auftraggeber, dass falls sich oben angegebene Informationen geändert haben, als fehlerhaft herausstellen, er sicherstellt, dass aktualisierte Informationen dem betreffenden Anbieter politischer Werbedienstleistungen unverzüglich, vollständig und genau übermittelt werden.
- Hiermit bestätigt der Auftraggeber, dass Art. 5 Abs. 2 der EU-VO 2024/900 (Verbot von Werbedienstleistungen in den letzten drei Monaten vor der Wahl) eingehalten werden

Goslar

Ort

, den

14.08.2026

Datum



Unterschrift des Auftraggebers, ggf. Firmenstempel